

Grundsatzbeschluss	BSL Management Consultants GmbH & Co. KG	
	Bearbeiter	Andreas Feicht
	Telefon	030/89 04 68 10
	Fax	030/89 04 68 29
	E-Mail	af@bsl-consulting.de
	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 403 - Finanzen
	Bearbeiter/in	Hans Lenz
	Telefon (0202)	563 6369
	Fax (0202)	563 8429
	E-Mail	hans.lenz@stadt.wuppertal.de
	Datum:	30.11.2005
	Drucks.-Nr.:	VO/1505/05 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
08.12.2005	Kommission zur Prüfung der Neuausrichtung der Versorgungs- und der Verkehrssparte der WSW AG	Vorberatung
13.12.2005	Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung	Beschlussempfehlung
14.12.2005	Hauptausschuss	Beschlussempfehlung
19.12.2005	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Neuausrichtung der Versorgungs- und der Verkehrssparte der Wuppertaler Stadtwerke AG		

Grund der Vorlage

Ergebnisse des Strategieentwicklungsprozesses zur Neuausrichtung der Versorgungs- und Verkehrssparte der WSW AG

Beschlussvorschlag

1. Der Rat der Stadt Wuppertal beschließt die strategische Neuausrichtung der Versorgungs-, Verkehrs- und Entsorgungssparte der Wuppertaler Stadtwerke AG sowie ihrer Tochtergesellschaften mit dem Ziel der Schaffung zukunftsfähiger Strukturen unter Beachtung der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen.
2. Mit der strategischen Neuausrichtungen sollen folgende Ziele erreicht werden:
 - a) Stärkung der Ertragskraft der WSW sowohl im Bereich Verkehr als auch in der Versorgung
 - b) Erhalt und Ausbau der Wertschöpfung in der Stadt Wuppertal
 - c) Sicherung der Finanzierungsfähigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs

- d) Verbesserung der Kostentransparenz und Herstellung klarer Verantwortlichkeiten
- e) Weitere Verbesserung der Ergebnisse des Unternehmens zur weiteren Haushaltsentlastung
- f) Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit aller Unternehmensbereiche
- g) Verminderung der Komplexität der Unternehmens- und Entscheidungsstrukturen
- h) Umsetzung der Direktvergabe im ÖPNV

Neben diesen Zielen sind folgende Prämissen zu beachten:

- (1) Sicherung des steuerlichen Querverbundes
- (2) Sicherung der kommunalen Mehrheit
- (3) Sicherung der paritätischen Mitbestimmung auf allen Unternehmensebenen
- (4) Arbeitsplatz- und Standortsicherung
- (5) Zeitnahe und zügige Umsetzung einer ggf. aufwändigen gesellschaftsrechtlichen Reorganisation
- (6) Verzicht auf Leistungsausschreibungen im ÖPNV im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten

3. Für den Bereich **Versorgung** ist ein umsetzungsfähiges Konzept zu erarbeiten, das im Kern die Stärkung der Unternehmenssubstanz der WSW (Einbringung von Sacheinlagen gem. Konsortialvertrag) sowie den Ausbau regionaler Kooperationen mit Erhalt der Wertschöpfungsstufen am Standort Wuppertal enthält. Diese regionalen Kooperationen sollen sich insbesondere auf folgende Schwerpunkte erstrecken:

- Netze
- Beteiligungen
- Erzeugung

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung für die Erarbeitung dieses Konzeptes eine eigene Projektorganisation einzurichten, der die Verwaltung (Führung), die WSW (Vorstand und Arbeitnehmervertreter) sowie RWE und Cegedel angehören. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, mit den Nachbarstädten Gespräche über Kooperationsmöglichkeiten zu führen.

4. Für den Bereich **Verkehr** soll ein umsetzungsfähiges Konzept erarbeitet werden, das beihilfen- und vergaberechtskonforme Leistungs- und Finanzierungsbeziehungen zwischen kommunalen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen gewährleistet. Zusätzlich soll die Unternehmensstrategie des Verkehrsbereichs erarbeitet (z.B. Umfang der Wertschöpfungskette, Strukturierung der Tochtergesellschaften etc.). Zudem soll geprüft werden, in wie weit regionale Kooperationen neben der Direktvergabe sinnvoll und machbar sind.
5. Für den Bereich **Entsorgung** ist ein umsetzungsfähiges Konzept zu erarbeiten, das den vergaberechtlichen Besonderheiten der Entsorgungswirtschaft Rechnung trägt sowie optimale Finanzierungsbeiträge für den kommunalen Haushalt generiert.
6. Sollte sich im Zuge der Erarbeitung der o.g. Umsetzungskonzepte herausstellen, dass die Trennung von Verkehr und Versorgung unumgänglich ist, beauftragt der Rat der Stadt die Verwaltung vorsorglich, zur Vorbereitung eines späteren Durchführungsbeschlusses ein geeignetes Modell zu erarbeiten.
7. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, eine geeignete Projektorganisation einzurichten. Dabei soll die Kommission des Rates der Stadt bestehen bleiben. Ihr unterstellt ist eine Projektsteuerung, bestehend aus der Verwaltung (Führung), WSW AG (Vorstand, Arbeitnehmer) unterstützt durch externe Beratern. Diese wird ihre Projektergebnisse

auch laufend mit RWE / Cegedel abstimmen. Die Auswahl der Berater obliegt der Projektsteuerung.

Für die Erarbeitung der Umsetzungskonzepte werden jeweils Teilprojekte für die Bereiche Versorgung (siehe Ausführungen unter Punkt 3), Verkehr sowie Entsorgung (unter Einbeziehung der AWG) eingerichtet. Gegebenenfalls wird ein gesondertes Teilprojekt „Trennung Versorgung / Verkehr“ eingerichtet.

Aus den Projektergebnissen werden Vorschläge für Durchführungsbeschlüsse entwickelt, die nach vorheriger Diskussion in der Kommission dem Rat der Stadt vorgelegt werden. Die Vorlagen sind bis Mitte 2006 zu erarbeiten.

8. Der Rat der Stadt erwartet von der Verwaltung, dass im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung regelmäßig über den Projektfortschritt berichtet wird.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

Der Rat der Stadt hat mit Beschluss vom 28. Februar 2005 zu Drs. Nr. VO/0294/05 u. a. die Stadtverwaltung und die WSW AG beauftragt, gemeinsam geeignete Strategien und Strukturmodelle zur Neuausrichtung der Versorgungs- und Verkehrssparte der WSW zu prüfen, die zu ökonomischen Vorteilen führen.

Diese Kommission, bestehend aus Mitgliedern der im Rat vertretenen Fraktionen, der Verwaltung und der WSW AG, unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters, hat eine Bestandaufnahme vorgenommen und unter Begleitung der BSL Management Consultants Erwartungen und Anforderungen, die die beteiligten Gruppen an eine mögliche Neuausrichtung haben, diskutiert und bewertet.

Auch über die wesentlichen Ziele und Prämissen hat die Kommission Konsens erzielt. Dabei ist deutlich geworden, dass die regionale Kooperation für die WSW insbesondere im Versorgungsbereich zwingend notwendig ist, um den künftigen Marktherausforderungen wirksam begegnen zu können. Eine Stärkung der WSW kann nur durch Wachstum gewährleistet werden. Solche regionalen Kooperationsvorhaben werden durch die Regionalisierungsstrategie der RWE Rhein-Ruhr AG nachhaltig unterstützt. Im Rahmen dieser Strategie setzt RWE vor allem auf die Erfüllung des Konsortialvertrages (Einbringung von Sacheinlagen) in drei Schwerpunktbereichen:

- Gemeinsamer Netzbetrieb regionaler EVU
- Beteiligungen an Erzeugungskapazitäten
- Beteiligungen an bzw. Kooperationen mit anderen regionalen EVU

Nach Auffassung der RWE sind alle Themenkreise geeignet, das Wachstums- und Ertragspotenzial auch der WSW AG nachhaltig zu fördern. Im Zuge der Projektarbeiten wird deutlich werden, ob regionale Kooperationen mit benachbarten Unternehmen notwendig sind, um die o.g. Einbringung zu gewährleisten. Sollte dies der Fall sein, werden die entsprechenden Ansprechpartner eingeladen, an den Projektarbeiten in geeigneter Weise mitzuwirken.

Auch für den öffentlichen Personennahverkehr können zusätzlich zur Direktvergabe regionale Kooperationen sinnvoll sein, um z.B. Synergiepotentiale erschließen zu können oder ein vernetztes ÖPNV-Angebot für den Ballungsraum Wuppertal / Bergisches Land aus einer Hand anbieten zu können. Dabei ist zunächst im Rahmen der Unternehmensstrategie festzulegen, welche Wertschöpfungskette im Rahmen einer Kooperation abgedeckt werden soll (z.B. lediglich Fahrbetrieb oder Fahrbetrieb / Instandhaltung / Angebotsplanung). Des Weiteren sind Vorschläge zur Neustrukturierung der Beteiligungen der WSW im Verkehrsbereich zu erarbeiten.

Ferner muss im Bereich der Entsorgung ein Modell erarbeitet werden, um die Vorgaben des Vergaberechts zu erfüllen. Daneben sind auch hier steuerliche und finanzielle Rahmenbedingungen zu beachten.

Die Kommission empfiehlt daher, dass für jeden Bereich strategische umsetzungsfähige Konzepte erarbeitet werden sollen, die den jeweiligen spezifischen Anforderungen sowie den Zielen und Prämissen des Rates der Stadt genügen müssen. Für die konkrete Ausgestaltung der Umsetzungskonzepte hat die Kommission allerdings noch keine konkreten Modelle erarbeitet, weil hierfür eine Fülle von Detailprüfungen notwendig sind und dies letztlich auch abhängig von der erforderlichen Abstimmung mit den anderen Aktionären ist, insbesondere RWE Rhein-Ruhr AG und Cegedel International S.A.

Daher ist die Errichtung einer schlagkräftigen und effizienten Projektorganisation wichtig, die die Verwaltung, den Vorstand der WSW, die Arbeitnehmer sowie RWE / Cegedel umfasst. Zur politischen Abstimmung soll die Kommission bestehen bleiben. Um die Kompatibilität der Projektergebnisse zum Grundsatzbeschluss zu gewährleisten sowie die Stringenz der Teilergebnisse sicherzustellen, wird die Einrichtung einer zentralen Projektsteuerung unter Führung der Verwaltung vorgeschlagen. Mit Hilfe von Teilprojekten für die einzelnen Unternehmensbereiche soll darüber hinaus die Komplexität der Projektarbeit reduziert werden.

Für die Kommission ist zumindest fraglich, ob die Struktur der WSW als Einheitsunternehmens tatsächlich geeignet ist, die o.g. Ziele zu erreichen, oder ob die gesellschaftsrechtliche Trennung der Unternehmensbereiche Versorgung und Verkehr größere Erfolgsaussichten versprechen würde. Die Zweifel der Kommission bezüglich der Eignung der vorhandenen Unternehmensstruktur werden verstärkt von den beihilfenrechtlichen und vergaberechtlichen Rahmenbedingungen im Verkehrsbereich und teilweise im Entsorgungsbereich. Um die Ausschreibung von Finanzierungs- bzw. Leistungsvereinbarungen in beiden Bereichen zu vermeiden, müssen einwandfreie vergaberechtliche Strukturen geschaffen werden, die den strengen Kriterien der sog. Inhousevergabe entsprechen („Herrschen, wie über eine eigene Dienststelle“). Gegenwärtig können diese Kriterien jedoch nicht erfüllt werden, so dass ein gesellschaftsrechtliches Modell erarbeitet werden muss, das eine ausschreibungsfreie Direktvergabe im Versorgungs- und im Entsorgungsbereich ermöglicht.

Sollte sich bestätigen, dass die Trennung von Versorgung und Verkehr notwendig ist, wird die Verwaltung zur Vorbereitung der hierfür notwendigen Durchführungsbeschlüsse Vorschläge in enger Kooperation mit der WSW erarbeiten.

Insgesamt sollen die Umsetzungskonzepte bis Mitte 2006 erarbeitet sein und anschließend dem Rat der Stadt zur Beschlussfassung vorgelegt werden.